

II-2567 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
XI. Gesetzgebungsperiode

REPUBLIK ÖSTERREICH
Bundesministerium
für soziale Verwaltung

Zl. 21.207/4-6-1/69

Wien, den 14. Mai 1969

1192/A.B.
zu 1250/J.

B e a n t w o r t u n g

Präs. am 16. Mai 1969

der Anfrage der Abgeordneten DDr. PITTERMANN,
FRÜHBAUER, SEKANINA und Genossen an die
Frau Bundesminister für soziale Verwaltung,
betreffend den vertragslosen Zustand mit den
Zahnbeholdern im Bereich der Beamtenkranken-
versicherung (Nr. 1250/J).

In der vorliegenden Anfrage wird an die Frau Bundes-
minister für soziale Verwaltung folgende Frage gerichtet:

Wann wird die Frau Bundesminister die in ihrer
Anfragebeantwortung vom 27. März 1969 angekündigten Re-
gierungsvorlagen zur Sicherung der Zahnbehandlung für
die öffentlich Bediensteten und ihre Familienangehörigen
dem Hohen Haus vorlegen?

In Beantwortung dieser Anfrage beehre ich mich,
folgendes mitzuteilen:

Ich habe in meiner Beantwortung der dringlichen
Anfrage vom 27.3.1969 der Hoffnung Ausdruck gegeben,
daß die Vertragsparteien innerhalb der nächsten vier
Wochen ein Verhandlungsergebnis im Sinne der Versiche-
ten und ihrer Anstalten erreichen. In der Folgezeit habe
ich den Fortgang der Verhandlungen aufmerksam verfolgt
und mich wiederholt eingeschaltet, wenn die Verhandlungen
neuerlich zu scheitern drohten. So fand am 11.4.1969
beim Herrn Bundeskanzler eine Aussprache mit den Ärzte-

- 2 -

vertretern statt und am 21.4.1969 habe ich nochmals mit den Vertretern der Zahnbehandler und des Hauptverbandes Fühlung genommen und beide Teile mit Nachdruck aufgefordert, sich zu verständigen. Am 23.4.1969 fanden daraufhin neuerlich Verhandlungen mit den Vertragspartnern statt, in denen von beiden Seiten neue Vorschläge vorgelegt wurden. Als auch die Verhandlungen über diese Vorschläge nicht zum Erfolg führten, habe ich mich am 8. Mai 1969 wieder vermittelnd eingeschaltet und mit allem Nachdruck verlangt, daß die Bemühungen zur Beilegung des Konfliktes Woche für Woche fortgesetzt werden. Beide Verhandlungspartner reagierten durchaus positiv und es wurde die Wiederaufnahme der Verhandlungen für den 14.5.1969 vereinbart.

Ich bin der Meinung, daß angesichts der gegenwärtigen Situation, die durch allseitige Bemühungen, zu einem vertretbaren Übereinkommen zu gelangen, gekennzeichnet ist, das Ergebnis der im Flusse befindlichen Verhandlungen abgewartet werden sollte, bevor ein anderer Weg - allenfalls durch Vorbereitung gesetzlicher Maßnahmen - eingeschlagen wird.